

## **Linke und GAL wollen über die Forderung nach Transparenz bei Flözgasförderanträgen hinaus jegliche Probebohrung in Kamen verhindern.**

Sie setzen darauf, dass das Thema Fracking die gleiche politische Bedeutung in NRW bekommen könne, wie die Atompolitik in Baden Württemberg.

Es gebe Respekt in der Politik vor dem bei Stuttgart21 populär gewordenen „Wutbürger“, ist Rüdiger Sagel überzeugt, Landtagsabgeordneter der Linken und Bergbau-Ingenieur. Er war einer der Experten, die Linke und GAL am Montagabend zu einer ersten öffentlichen Veranstaltung zum Thema Flözgas eingeladen hatten.

Wutbürgertum war da noch wenig spürbar. Noch interessiert sich offenbar nur wenige Kamener für das, was da kommen könnte. Sagel wie Manfred Krystofiak, Sprecher einer Hammer Bürgerinitiative gegen Erdgasbohrungen, betonten, dass man am Beginn eines Prozesses stehe. Dass die Bezirksregierung jegliche Genehmigungen ausgesetzt hat und erst neue Gutachten abwarten will, wertet Krystofiak als ersten Erfolg der Proteste, die im Münsterland begonnen haben.

Rüdiger Sagel ist überzeugt, dass es bei Flözgasgewinnung um ein nicht zu kontrollierendes Verfahren gehe. Nötig seien bei großflächiger Nutzung mehrere hundert Bohrungen pro Jahr. Von jeder Hauptbohrung werde sternförmig in Kohleschichten gebohrt. Fracking - Einpressen von mit Chemikalien vermischem Wasser - sei dann eine Technik, um ausreichende Rissbildung in den Flözen für die Gasabsaugung zu schaffen. Er hält dabei unkontrollierbare vertikale Risse bis zur Oberfläche, Entspannungsbeben und Wärmeaufstiege für möglich. Neben der eingesetzten Chemie könnten problematische Bodenbestandteile gelöst werden, das alles teilweise im Untergrund verbleiben, zum Teil mit erheblichen Entsorgungsproblemen an die Oberfläche geholt werden. Grubenwasser, aber auch Grundwasser könnte belastet werden. Selbst bei eigentlich sicheren Bohrverfahren sei nicht auszuschließen, dass Verrohrungen undicht werden.

Manfred Krystofiak glaubt fest daran, dass spätestens dann, wenn Gas nach großen Vorinvestitionen nicht ströme, auch Fracking zum Einsatz komme. Er zitierte einen ARD-Bericht, nach dem es zu Verunreinigungen in Deutschland gekommen sei.

Die Forderung nach einer Änderung der Genehmigungsverfahren hin zu einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung sei da nur ein erster Schritt, ist Klaus-Dieter Grosch von der Ratsfraktion von Linke/GAL überzeugt. Er kündigte an, Linke und GAL wollten Kontakt halten zu Bürgerinitiativen im Umland. Das Ziel steht für Linkensprecher Friedhelm Schaumann fest: „Unkonventionelle Erdgasförderung wollen und brauchen wir nicht.“

(Quelle: [derwesten.de](http://derwesten.de))